

Magere Erlöse

von Hans-Werner Sinn

erschieden in:

„Wirtschaftswoche 48, Nr. 1/2“, 7. Januar 1994, S. 36-40.

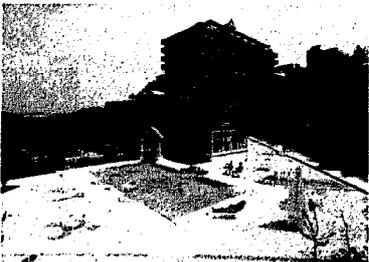
Vergessen Sie alles,
was Sie bisher über
Kliniken gehört haben!



Entspannung für Körper und Seele

Unser Hallenbad mit angegliedertem Freiluftbecken erinnert eher an das Komfortbad eines Luxushotels. Hier finden Sie Entspannung in einer Atmosphäre, die als wohltuend empfunden wird.

Sorgfältige medizinische und therapeutische Betreuung gibt Ihnen Sicherheit und die Gewißheit, das „Richtige“ für Ihre Gesundheit zu tun.



Weitab von jeglicher Hektik – oberhalb des malerischen Fachwerkstädtchens Rotenburg a.d. Fulda und umgeben von intakter Natur – liegt unsere »Rodenberg-Klinik«.

Qualifiziertes Personal, modernste Diagnostik und wunderbare Ruhe ermöglichen Erholung von den Anstrengungen des Alltags und die Rückgewinnung einer stabilen Gesundheit.

Bitte fordern Sie unser ausführliches Informationsmaterial an!



Internationale Herz- und Kreislaufklinik
für Privatpatienten

Panoramastr. 101
36199 Rotenburg a.d. Fulda
Tel. 06623/88-5000 • Fax 06623/88-5012

Wissenschaft

Magere Erlöse

Die Treuhandanstalt hat bei der Privatisierung von Ostbetrieben Milliarden verschleudert.

Von Hans-Werner Sinn

Birgit Breuel und ihre Treuhand-Mitarbeiter haben schnelle Arbeit geleistet. Während der ehemalige Präsident Detlev Karsten Rohwedder glaubte, die Anstalt werde noch im nächsten Jahrtausend tätig sein, wird die Privatisierung der Firmen 1994, viereinhalb Jahre nach der Währungsunion, abgeschlossen sein. Die Managementleistung verdient Anerkennung und Respekt. Der hohen Verkaufsgeschwindigkeit stehen aber mindestens drei gravierende Mängel gegenüber.

Der erste besteht in der hohen Zahl von Arbeitsplätzen, die bei der Privatisierungsaktion verloren gingen. Gemessen an der Zahl der ursprünglich verwalteten Arbeitsplätze, hat die Anstalt bis heute eine Privatisierungsquote von nur 37 Prozent realisiert. Auch wenn es gelingt, den überwiegenden Teil der noch vorhandenen Arbeitsplätze zu erhalten, werden bis zur Auflösung der Treuhand kaum mehr als 40 Prozent der ehemaligen Arbeitsplätze privatisiert worden sein. Das ist wenig, zumal wenn man bedenkt, daß ein erheblicher Teil davon auf Verkäufe an öffentliche Unternehmen entfällt, also gar keine echte Privatisierung verkörpert.

Der zweite Mangel besteht in der geringen Beteiligung Ostdeutscher an den Verkäufen. Gerechnet wiederum auf der Basis der Arbeitsplätze, wurden weniger als sechs Prozent des privatisierten Firmenvermögens an Ostdeutsche verkauft. Knapp zehn Prozent gingen an Ausländer, und mit 85 Prozent wurde der Löwenanteil an Westdeutsche übergeben. Sicherlich liegt ein solches Ergebnis in der Natur der Verkaufsaktion. Befriedigend ist es gleichwohl nicht. Damit der Osten wirklich gesundet, muß dort ein originäres Unternehmertum entstehen. Die Wirklichkeit ist davon meilenweit entfernt.

Der dritte Mangel zeigt sich in den enttäuschenden Verkaufserlösen. Während die Treuhand im Jahre 1990 verkündete, sie wolle 600 Milliarden Mark Erlösen, sind bis heute Bruttoeinnahmen von nur etwa 45 Milliarden

Mark zustande gekommen, eine Zahl, die sich bis Ende des Jahres allenfalls auf 50 Milliarden Mark steigern wird. Die Subventionen, die die Anstalt für den Erhalt von Arbeitsplätzen gezahlt hat, sind bis heute zu einem Betrag von 150 Milliarden Mark aufgelaufen.

Die Hast, mit der verkauft wurde, sollte man nicht kritisieren, auch wenn ein langsamerer Verkauf höhere Einnahmen ermöglicht hätte. Ohne Zweifel hat der rasche Massenverkauf der Treuhand zur Folge gehabt, daß die Käufer nur wenige Finanzmittel aktivieren konnten und die Preise der Objekte in den Keller rutschten. Ein Zuwarten wäre aber ebenfalls teuer geworden, denn die ineffiziente Staatswirtschaft wäre perpetuiert worden.

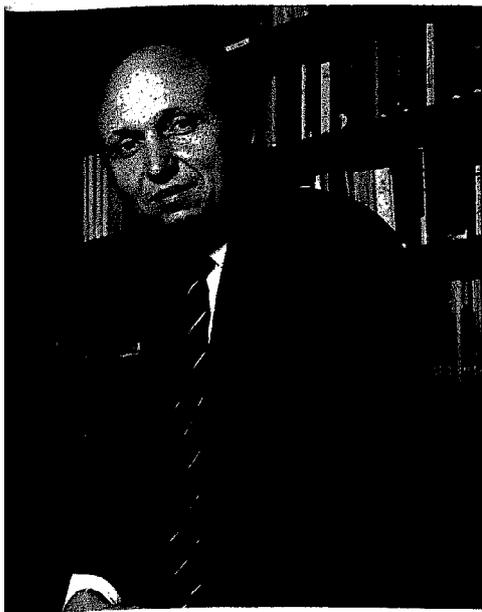
Kritikwürdig ist indes, daß trotz intensiver Warnungen von seiten der Wissenschaft überhaupt ein Barverkauf versucht wurde. Ein Verkauf per Kredit oder, besser noch,

Ein Kaltstart

machte den Theoretiker zur öffentlichen Figur: Hans-Werner Sinn, 45, Volkswirtschaftsprofessor aus München, und seine Frau Gerlinde zerpfückten in ihrem 1991 erschienenen Buch mit dem aus der Autotechnik entlehnten Titel die Wirtschaftspolitik der Wiedervereinigung – in ihren Augen eine „Konkursabwicklung mit Sozialplan“. Die Schrift wurde zur meistdiskutierten Ökonomen-Veröffentlichung nach dem Mauerfall. Sinn gilt international als einer der renommiertesten deutschen Volkswirte, seit 1989 gehört er zum Wissenschaftlichen Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium, als Direktor des Münchner Center for Economic Studies sucht er den Forschungsaustausch auch über die Grenzen hinweg. So veröffentlichte er zuletzt mit neun europäischen Kollegen ein Vademecum zum nächsten Einheits-Dilemma: „Wieviel Zentralismus braucht Europa?“

eine Privatisierung über Beteiligungsmodelle hätte viele Schwierigkeiten vermieden. Hätte die Treuhand ihre Firmen statt gegen Bargeld gegen stille Restbeteiligungen „verkauft“, so wären die dieserart finanziell entlasteten Erwerber bereit gewesen, in Form von künftigen Dividenden für die Restbeteiligungen letztlich mehr zu zahlen. Sie wären zugleich in der Lage gewesen, die anfangs eingesparten Mittel in die Sanierung der Betriebe und den Erhalt der Arbeitsplätze zu investieren. Der Konflikt zwischen rascher Privatisierung und rentierlicher Verwertung der vorhandenen Vermögensbestände hätte sich mit einer anderen Privatisierungsmethode entschärfen lassen.

Eine Privatisierung über Restbeteiligungen wäre auch insofern angebracht gewesen, als die Treuhandanstalt durch die Präambel des Treuhandgesetzes, durch Artikel 10 Absatz 6 des Ersten Staatsvertrages und vor allem durch Ar-



tikel 25 Absatz 6 des Einigungsvertrages den klaren Auftrag erhalten hatte, „Möglichkeiten vorzusehen, daß den Sparern (der Ex-DDR) zu einem späteren Zeitpunkt für den bei der Umstellung 2:1 reduzierten Betrag ein verbrieftes Anteilsrecht am volkseigenen Vermögen eingeräumt werden kann“.

Befragt, warum sie diesen Auftrag nicht realisiert habe, antwortete die Treuhand-Präsidentin einmal achselzuckend, es sei eben die politische Vorgabe, das ehemals volkseigene Vermögen gegen bar zu verkaufen. Und Politiker, auf den Einigungsvertrag angesprochen, pflegen oft zu antworten, das De-

Foto: Rabanus

•De•Te•Medien•

•De•Te•Medien•
•De•Te•Medien•
•De•Te•Medien•



Am 1.1.1994 haben wir unseren Firmennamen geändert. Mehr nicht.

Unsere Aufgaben bleiben dieselben. DeTeMedien ist Herausgeber und Verleger der Amtlichen Telefonbücher, der Gelben Seiten, der Örtlichen Telefonbücher sowie der Telefaxverzeichnisse. Und Berater für Werbung in diesen Büchern. Die Verzeichnisse bearbeiten wir zusammen mit Partnerverlagen. Die Teleauskunft X-1188# in Datex-J (Btx) mit allen Verzeichnissen halten wir tagesaktuell. Die Telefon-, Telefax- und Datex-J-Teilnehmer gibt

es von uns auch in der Reihe TELEAUSKUNFT 1188 auf CD-ROM. Als Mitherausgeber von internationalen Branchenverzeichnissen helfen wir, Geschäftsverbindungen in ganz Europa zu knüpfen. Wir vermarkten Telefonkarten als Werbeträger, bieten Adressen und DV-Leistungen für Direktwerbung an. Weitere Angebote: Telefonservice 0190, Sekretariats-Service für Mobiltelefonierer im D1- und C-Netz.

Deutsche Telekom Medien GmbH
Wiesenhüttenstraße 18, 60329 Frankfurt
Telefon (0 69) 26 82-0, Telefax (0 69) 26 82-4 63

•De•Te•Medien•

Hervorgegangen aus der
Deutschen Postreklame

fizit der Treuhandanstalt beweise doch, daß bei ihr nichts zu verteilen sei. Auch lege der Erste Staatsvertrag fest, daß das Vermögen mit Vorrang für die Struktur- anpassung der Wirtschaft und die Sanie- rung des Staatshaushalts der DDR zu verwenden sei. Doch mit diesen Argu- menten macht man es sich zu leicht.

Einerseits verlangt nämlich der Einigungsvertrag keine Geldleistungen für die Sparer. Verbriefte Anteilsrechte hät- ten ungeachtet ihrer Werthaltigkeit bei jeder Privatisierung zugunsten der neu- en Bundesbürger einbehalten werden können; die Zukunft hätte gezeigt, wie wertvoll oder wertlos diese Rechte tat- sächlich waren. Die „Möglichkeit“, von der der Einigungsvertrag spricht, hätte problemlos „vorgesehen“ werden kön- nen, hätte man sie nur vorsehen wollen.

Andererseits trägt der Staat, und hier insbesondere die Treuhand, ein hohes Maß an Mitverantwortung für die mageren Erlöse. Er hat nicht nur die Warnun- gen überhört, daß ein rentierlicher Mas- senverkauf an den begrenzten Finanz- mitteln der Käufer scheitern würde. Er hat auch das Politikdefizit zu verant- worten, das einer alles zerstörenden Lohneskulation den Weg ebnete. Daß westdeutsche Arbeitgeber mit westdeutschen Arbeitneh- mern über ostdeutsche Löh- ne verhandelten und daß der geschundenen Wirt- schaft Lohnkosten auf- oktroyiert wurden, die heute schon über den ja- panischen oder US-ame- rikanischen liegen, hätte nicht toleriert werden dürfen. Arbeitsplatzver- luste wie auch die Erlös- einbußen der Treuhand sind maßgeblich auf die überbordenden Lohn- abschlüsse zurückzuführen.

Als praktisch einziger Ar- beitgeber in der gewerblichen Wirtschaft hätte die Treuhand- anstalt die Pflicht gehabt, sich an den Lohnverhandlungen zu beteiligen, um die Ertragskraft des ihr anvertrauten Vermögens zu bewahren. Sie kam dieser Pflicht nicht nach. Mit kaum nachvollziehbarem Gleichmut sah sie tatenlos zu, als die westdeut- schen Vertreter der Tarifparteien Lohn- runde um Lohnrunde dazu beitrugen, das Treuhand-Vermögen zu entwerten. Vermutlich gab es wiederum politische Vorgaben, an die sich die Treuhand glaubte halten zu müssen.

Der Scherbenhaufen, der heute ge- blieben ist, ist in erster Linie von der DDR zu verantworten. Aber es wäre zu einfach, dem alten System die gesamte Schuld in die Schuhe zu schieben. Auch die Wirtschaftspolitik der Bundesrepu- blik trägt ein hohes Maß an Verantwor- tung. Diese Politik war konzeptionslos und ökonomisch fehlerhaft. Sie hat die volkswirtschaftlichen Schwierigkeiten der Massenprivatisierung übersehen, die Augen vor dem Versagen der Tarifauto- nomie verschlossen und den Auftrag des Einigungsvertrages, verbrieft Anteilsrechte am ehemals volkseigenen Vermögen zu verteilen, mißachtet.

Was kann man noch tun? Handlungs- spielraum bieten heute allein noch die Liegenschaften der Treuhand, die erst zu einem kleinen Teil verkauft sind.

Nicht weniger als 70 000 Objekte befin- den sich derzeit noch im Treuhand- Portefeuille und sollen nach Auflösung der Anstalt in eine neu zu gründende Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft überführt werden, die sie dann zu ver- werten hat. Nach vorsichtiger Schät- zung lagen die bloßen Landwerte des Treuhand-Besitzes ursprünglich bei 250 bis 300 Milliarden Mark. Es sollte alles geschehen, diese Werte für die ostdeut- sche Bevölkerung soweit wie möglich zu erhalten und sie nicht an Westdeut- sche zu verschleudern.

Wirtschaftsminister Günter Rexrodt hat kürzlich vorgeschlagen, die neue Gesellschaft als Aktiengesellschaft zu organisieren und der ostdeutschen Be- völkerung den Kauf ihrer Aktien zum Vorzugspreis zu ermöglichen. Dies ist ein wichtiger Vorschlag, denn mit ihm wird erstmals der Versuch unternom- men, Artikel 25 des Einigungsvertrages ernst zu nehmen und tatsächlich ver- briefte Anteilsrechte zuzuteilen. Wenn die Liegenschaftsgesellschaft darüber hinaus angewiesen würde, das Land im Regelfall zu verpachten, um so die

Finanzierungsprobleme der Inve- storen zu entschärfen, so ließe sich eine tragfähige Politik formulieren, die Effizienz und Fairneß auf bestmög- liche Weise vereinigt. Möglicherweise ließe sich mit dem Aktienge- schenk sogar die Bereit- schaft steigern, über die Kurskorrektur bei der Lohnpolitik nachzu- denken. Der seinerzeit in der *Wirtschaftswo- che* (Ausgabe 42/1991) vorgeschlagene Sozial- pakt hätte vielleicht noch eine Chance.

Der Wirtschaftsminister sieht sich indes starker Opposition im Finanzministerium gegen- über. Dort scheint die Devise zu lauten: Nur weiter so! Mit der Novellierung des Treuhand- gesetzes soll auch seine unbe- queme Präambel verändert werden. Den Auftrag, der ostdeut- schen Bevölkerung verbrieft Anteilsrechte am ehemals volks- eigenen Vermögen zu übergeben, soll die Treuhand-Liegenschaftsgesell- schaft nicht übernehmen. Eine Politik, die die legitimen Vermögensinteressen der neuen Bundesbürger von Anfang an geleugnet hat, wäre damit im nachhinein sanktioniert.



Illustration: Nebespailler/Graf